

Die sozialen Folgen der Krise in Griechenland

Skevos Papaioannou

Die seit Ende 2008 und Anfang 2009 anhaltende finanz-ökonomische und politische Krise und die damit zusammenhängende Rezession hat zu verheerenden Auswirkungen auf das Leben der meisten Menschen in Griechenland geführt. Eine human-soziale und eine kulturelle Krise gehen damit einher. Die Situation verändert sich so massiv, rasch und alltäglich, dass die vorhandenen Daten die aktuelle Realität nur sehr unvollständig wiedergeben können. Durch die Zuflucht vieler Tausender von Flüchtlingen hat sich die Situation weiter zugespitzt, verstärkt durch die widersprüchliche und restriktive Flüchtlingspolitik der EU, aber auch durch die Tatsache, dass Griechenland von diesen Vorgängen überrascht wurde, unvorbereitet war und finanziell zusätzlich massiv belastet wird. Die positiven kleinen Schritte der letzten zwei Jahre reichen nicht aus, um die kritische Situation entscheidend zu ändern.

Wirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit, Armut und soziale Exklusion

Die Brüsseler „Memoranden“, die die Gläubiger mit den verschiedenen griechischen Regierungen ausgehandelt haben, beinhalten eine Spar- und Austeritätspolitik und die Reduktion staatlicher Interventionsmaßnahmen, die die seit neun Jahren in Rezession befindliche Wirtschaft sowie jede Wachstumsinitiative stranguliert und die Arbeitslosigkeit in die Höhe getrieben haben. Allein im Jahr 2014 haben ca. 225.000 Kleinunternehmungen Insolvenz angemeldet. Bis heute musste damit bereits jedes dritte Unternehmen schließen. Die Abschaffung der Tarifverträge und die allgemeine Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, die Abschaffung von Schutzmaßnahmen bei Entlassungen sowie die Festlegung von Mindestlöhnen haben zu massiven Entlassungen und zu einem dramatischen Zuwachs nicht nur der Arbeitslosigkeit, sondern auch der Armut und Emigration geführt. Während die Arbeitslosenrate vor der Krise ca. 8% betrug, stieg sie zwischen 2009 und 2014 auf ca. 30% an. Erschreckend hoch ist der Anteil der Arbeitslosen unter 25 Jahren. Er ist seit 2008, wo er auch bereits bei 22% lag, auf erschütternde 61,5% gestiegen, aber inzwischen auf 50% gesunken. Die Jugendarbeitslosigkeit hat u.a. die Emigration insbesondere gut ausgebildeter junger Leute zur Folge, führender Köpfe also, die das Land dringend nötig hätte. In absoluten Zahlen ausgedrückt, sind von 4,4 Mio. Arbeitnehmern in Griechenland 1,1 Mio. ohne Arbeit. Im Mai 2016 ist die Arbeitslosigkeit in Griechenland weiterhin an erster Stelle in der EU.

Laut dem statistischem Amt Griechenlands lebt mehr als ein Drittel der Bevölkerung (4,3 Mio.) unter der Armutsgrenze bzw. ist von sozialer Ausgrenzung bedroht, wobei betont werden muss, dass Gruppen, die per se in Armut leben, wie Obdachlose, Migranten ohne Papiere, Roma etc. statistisch nicht erfasst werden. 439000 Kinder leben unter der Armutsgrenze, mehr als die Hälfte von ihnen in Haushalten, die über grundlegende Standards, wie z.B. Heizung, nicht verfügen.

Tausende von Menschen in ganz Griechenland sind täglich auf Essenstafeln angewiesen. Die katastrophale Entwicklung von Armut und Arbeitslosigkeit hat zu einer explosiven Situation geführt. Massenarbeitslosigkeit als Anschlag auf die körperliche und seelisch-geistige Integrität, auf die Unversehrtheit der davon betroffenen Menschen, als Enteignung der Fähigkeiten und Eigenschaften, die in einem mühsamen und aufwendigen Bildungsprozess erworben wurden, vernichtet menschliche Existenzen, zieht einen Strich durch Lebensentwürfe von Millionen von Menschen und setzt die Zukunft des Landes aufs Spiel.

Arbeit, Lohnverhältnisse und Privatisierung

In diesem Zusammenhang haben die Memoranden ebenfalls eine Reihe von Maßnahmen vorgeschrieben. Der systematische Eingriff in das Arbeitsrecht begann beim öffentlichen Sektor und hatte die Senkung seiner Defizite zum Ziel, aber auch die öffentliche Diffamierung aller Beamten und dadurch die Spaltung der Arbeitenden. Die Maßnahmen beinhalteten in erster Linie flächendeckende Gehaltskürzungen und betrafen hauptsächlich privilegierte Beamte staatlicher Firmen, aber auch die Aufhebung des Beamtenstatus auf Lebenszeit für viele Beamte, und führte schließlich zu ihrer Entlassung. Nach der Durchsetzung der Maßnahmen gegen Beamte ergriff man ähnliche Maßnahmen auch gegen Arbeitende im Privatsektor: die Abschaffung kollektiver Tarifverträge und ihre Umwandlung in individuelle Zeitverträge. Der Mindestlohn für Arbeitende, der im Dezember 2009 730 Euro monatlich betrug, wurde auf 580 Euro (brutto) für Arbeitnehmer über 25 Jahre und auf 510 Euro (brutto) für unter 25-Jährige gesenkt. Durch die Deregulierung des Arbeitsmarktes wurde der Willkür der Unternehmen freier Raum gegeben. Zeitverträge und Kurzarbeit sind Alltag geworden.

In den Memoranden wurde weiterhin festgelegt, dass Hunderte von staatlichen Firmen, Organisationen, Grundstücken, Gebäuden, Häfen und Flughäfen sowie die Wasserversorgung von Athen und Thessaloniki, z.T. weit unter ihrem Wert, privatisiert werden müssen, oft eine weitere Ursache von Arbeitslosigkeit und hinsichtlich des Ziels Schuldenreduzierung von zweifelhaftem Nutzen.

Krise und Gesundheit

Tausende von Leuten, die ihre Arbeit verlieren und dadurch ihren Grundverpflichtungen nicht nachgehen können, wie Ernährung der Familie und andere Grundbedürfnisse befriedigen sowie Kredite und Schulden bedienen, verlieren auch ihre Perspektiven, ihre Häuser, Ehen und Familien brechen auseinander. Diese verhängnisvolle Entwicklung führt unter anderem zur Verzweiflung und Hilflosigkeit, was wiederum dazu beiträgt, dass der allgemeine Gesundheitszustand der Bevölkerung sich drastisch verschlechtert und psychischen Erkrankungen und Alkoholismus sehr stark zugenommen haben. Die Zahl der Menschen mit schweren Depressionen hat sich vervielfacht - deren Anteil an telefonisch hilfesuchenden Menschen betrug im Jahr 2008 ca. 2% aller Anrufe bei telefonischen Krisendiensten, im Jahr 2012 war er auf ca. 40 % gestiegen. Einen ähnlichen Zuwachs weist auch die Selbstmordrate auf. Sie ist zwischen 2009 und 2012 um knapp 45 % gestiegen.

Dem stehen die Einschränkungen im staatlichen Gesundheitswesen gegenüber, die teilweise zu verheerenden Folgen für das reibungslose Funktionieren von Krankenhäusern geführt haben: fehlende Ärzte, fehlende Medikamente, die von Kranken privat besorgt werden müssen u.a. Auf der anderen Seite gibt es eine aufgrund der Folgen der Krise überdimensionierte Nachfrage nach ärztlichen Dienstleistungen, die von privaten Ärzten nicht aufgefangen werden kann, da sich viele Menschen private Krankenversorgung nicht mehr leisten können.

Soziale und politische Auswirkungen

Die seit über neun Jahren anhaltende Rezession hat zu einer neuen Migration aus Griechenland, vor allem von bestens ausgebildeten jungen Leuten geführt. Man schätzt, dass mehr als 30% der Universitätsabsolventen arbeitslos sind. Sieben von zehn Diplominhabern würden ins Ausland gehen. 73% von denen, die ins Ausland gehen, beherrschen mindestens zwei Fremdsprachen und haben außer dem Diplomstudium auch ein Masterstudium absolviert, 51,2% haben promoviert und 41% von ihnen haben an den 100 besten Universitäten der Welt studiert. Die Zahl der jungen Griechen, die in den Jahren der Krise bis 2015 ausgewandert sind, wird auf 332.572 geschätzt, wobei einige von einer doppelt so hohen Zahl ausgehen. Allein in Deutschland waren im Jahr 2011 ca. 2.500 griechische Ärzte beschäftigt, Ende 2012 war die Zahl auf ca. 6.000 gestiegen.

Indes ist die Präsenz von mehr als 1.300.000 ausländischen Migranten in Griechenland seit Anfang der 90er Jahre und die vielen Flüchtlinge, die seit 2015 über die Grenzen alltäglich nach Griechenland kommen und bleiben, da die Grenzen Richtung Zentraleuropa hermetisch geschlossen wurden, Anlass für wachsende Ausländerfeindlichkeit und Rassismus. Die Übergriffe mit rassistischem Hintergrund gegen Migranten und Flüchtlinge vermehren sich. Kennzeichnend für diese Entwicklung ist der Eintritt der radikal faschistischen Partei, Chrysi Avgi (Goldene Morgenröte) ins Griechische Parlament 2012 und 2015 mit 7%, eine Partei, die offen mit Wort und Tat gegen Migranten und Flüchtlinge Hetze betreibt. Seit Monaten läuft ein Prozess wegen Mord, Mordversuch und Hetze gegen sie als kriminelle Vereinigung.

Große Solidarität in der Zivilgesellschaft

Die mit der Krise verbundene Desintegration vieler Menschen aus Verflechtungs-Zusammenhängen hat einen epochalen Wandel eingeleitet. Er erzeugt neue und verlangt die Wiederentdeckung von vergessenen Lebensorientierungen und -praktiken, Fähigkeiten und Wertvorstellungen, aber auch Aufgaben der Zivilgesellschaft für Solidarität, Gerechtigkeit und praktisches Interesse für das Gemeinwesen. In der Tat wird man Zeuge einer großen Solidarisierungsbewegung, die sich über ganz Griechenland ausbreitet und sehr verschiedene Formen annimmt. Einige Initiativen sind rein philanthropisch, andere sind Überlebensaktionen, aber sehr viele davon beinhalten einen gesellschaftspolitischen Aspekt, der über ein kurzfristig orientiertes Überlebensziel hinaus ausgerichtet ist. Die Projekte reichen von kommunalen Suppenküchen, Kleiderkammern, genossenschaftlichen Supermärkten, Gemeinschaftsgärten und landwirtschaftlichen Kooperativen, über kostenlose Bildungs- und kulturelle Angebote, medizinische Ambulanzen und solidarische Krankenhäuser und Apotheken mit ehrenamtlich tätigen Ärzten, Apothekern und Pflegepersonal, unter anderem organisiert von Ärzte der Welt Griechenland und damit auch international vernetzt, bis hin zu Tauschbörsen, lokalen genossenschaftlichen Währungen, einer von entlassenen Journalisten selbstorganisierten unabhängigen Zeitung und einer von Arbeitern übernommenen bankrottgegangenen Fabrik in Thessaloniki.

Diese Handlungsinitiativen ersetzen die abgebaute Sozialpolitik und stellen eine Sozial- und Gemeinwesenarbeit dar, die von der Zivilgesellschaft initiiert wird, meistens ohne jegliche Hilfe von staatlichen Institutionen. Diese Handlungsinitiativen haben etwas Eigensinniges und Eigenständiges und praktizieren kleine wichtige Schritte in Richtung einer konkreten Utopie als einer historisch existenten Möglichkeit. Meistens sind sie auf lokaler Ebene aktiv und gestalten somit das lokale Gemeinwesen jenseits des Festhaltens an überkommenen Handlungs- und Einstellungsmustern. Sie versuchen Optionen der Existenzsicherung, der sozial-produktiven Teilhabe und der kollektiven Entwicklung zu bieten. Es ist eine Form der aktivierenden Zivil-Sozialpolitik, die sozial und ökologisch zukunftsfähige Problemlösungen unter Beteiligung der Menschen in den lokalen Gemeinwesen fördert. Wenn wir die menschliche Geschichte, die gesellschaftliche Transformation als einen kontinuierlichen Prozess von Krisen verstehen, den Ausnahmezustand nicht als Ausnahme, als etwas Provisorisches, Vergängliches, sondern als die Regel, können wir die gegenwärtige Krise auch als historische Chance für eine gesellschaftliche Erneuerung begreifen.